

Mitteldeutsche Zeitung

Mitteldeutschland - 19.01.2014

Länderfinanzausgleich

Bullerjahns Plan für mehr Millionen



Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD)
(BILD: DPA)

VON HENDRIK KRANERT-RYDZY UND KAI GAUSELMANN
Sachsen-Anhalts Finanzminister fordert eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs. Kern seines Vorschlags sind eine stärkere Berücksichtigung der Steuerschwäche der ostdeutschen Kommunen und der Folgen des Bevölkerungsrückgangs.

MAGDEBURG/MZ. Vor dem Hintergrund der Finanzschwäche der ostdeutschen Bundesländer hat Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs gefordert. Kern seines Vorschlags sind eine stärkere Berücksichtigung der Steuerschwäche der ostdeutschen Kommunen und der Folgen des

Einwohnerückgangs. Die von Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) angeregte, komplette Befreiung der ärmeren Länder von ihren Altschulden lehnte Bullerjahn hingegen im Interview mit der MZ ab.

Kein Bundesland verliert so viele Einwohner wie Sachsen-Anhalt: Nach Angaben des Statistischen Landesamtes wohnten 2008 noch knapp 2,4 Millionen Menschen zwischen Arendsee und Zeitz, 2025 werden es nach der derzeitigen Prognose nur noch 1,9 Millionen sein. Das hat auch finanzielle Folgen. „Wir verlieren 50 bis 60 Millionen Euro an Steuern im Jahr durch Einwohnerückgang“, so Bullerjahn, während etwa Bayern infolge der Zuwanderung gewinne. Bullerjahn schwebt vor, die Verluste zu lindern, indem die höchste Bevölkerungszahl der vergangenen fünf Jahre als Berechnungsgrundlage genommen wird.

Erschwert werde die Situation zusätzlich dadurch, dass Sachsen-Anhalts Kommunen unter einem deutlich geringeren Steueraufkommen als westdeutsche Gemeinden leiden. Dies würde beim Länderfinanzausgleich nicht berücksichtigt - im Gegenteil, so Bullerjahn: „Die Steuerkraft unserer Kommunen geht aber nur zu 64 Prozent in die Berechnung ein, das ist willkürlich festgelegt worden.“ Bullerjahn plädiert daher dafür, dass 100 Prozent der kommunalen Steuerkraft in die Berechnung eingeht, um die tatsächliche Steuerschwäche auszugleichen.

Wäre dies der Fall, würde Sachsen-Anhalt laut Bullerjahn aus dem Finanzausgleich und Sonderbedarfszuweisen des Bundes mehr als 300 Millionen Euro jährlich mehr als bislang bekommen.

Bullerjahn erklärte, ihm sei durchaus bewusst, dass seine Vorschläge wohl nur bei einer bestimmten Bereitschaft zu Kompromissen umzusetzen seien - etwa bei flexibleren Sätzen bei der Einkommenssteuer, die von einigen Ländern gefordert werden. Er werde aber grundsätzlich nichts unterstützen, was die Situation Sachsen-Anhalts weiter verschlechtere.

Dann könne Sachsen-Anhalt auch weiter mit dem bisherigen Status quo leben: „Wir haben unsere Hausaufgaben schon gemacht“, das Land könne auch ohne fremde Hilfe seine Schulden von derzeit 21 Milliarden Euro tilgen. Eine Entschuldung der armen Länder, wie von Regierungschef Haseloff ins Gespräch gebracht, sei daher nicht nötig. Eine Teilentschuldung unter Auflagen könne er sich aber

vorstellen, so Bullerjahn.

Artikel URL: <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/laenderfinanzausgleich-bullerjahns-plan-fuer-mehr-millions,20641266,25933378.html>

Spardebatte in Sachsen-Anhalt: <http://www.mz-web.de/wittenberg-graefenhainichen/spardebatte-in-sachsen-anhalt-kritik-an-haseloff-beim-empfang-in-graefenhainichen,20641128,25807444.html>

Sonderseite:: <http://www.mz-web.de/service,20641364,22666612.html>

(Copyright © Mitteldeutsche Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des MDVH)